

Unausweichliche Auseinandersetzung

Tauziehen um Biomasse



Aktuell existiert in Deutschland kein Biomasseversorgungsproblem. Das Problem ist, dass wir die vorhandenen Potenziale nicht nutzen und von vornehmlich fossilen Energieimporten abhängig sind. Und dass offensichtlich kein richtiger Plan existiert, wie man die Biomasse zukünftig am sinnvollsten einsetzt. Allein schon, weil die Messlatte so schwierig zu definieren ist. Geht es um Exportchancen, um Importunabhängigkeit, um Klimaschutz, um Arbeitsplätze, um Ressourcenschonung, um bezahlbare Energie?

Die Antwort ist so einfach wie sie eine knifflige Aufgabe hinterlässt: Alle Aspekte und damit letztlich viele Meinungen müssen in Einklang gebracht werden. Statt Ziele zu definieren und Rahmenbedingungen zu schaffen, hat das Bundesumweltministerium (BMU) jetzt die Planwirtschaft entdeckt. Nicht marktwirtschaftliche Kräfte sollen im Wettbewerb und Zusammenspiel

Das Bundesumweltministerium hat der Heizungsindustrie angezeigt, dass für den Wärmebereich biogene Potenziale zur Beimischung in Heizöl und Erdgas nicht zur Verfügung stehen. Die Politik handelt hier falsch und kurzfristig.

aller Optionen ein Nutzungsoptimum herausfinden, sondern man will die Biomasseverwendung ordnungsrechtlich regeln.

Freie Biomassekapazitäten, auch aus dem Anbau von Energiepflanzen auf nicht für die Nahrungsmittelproduktion erforderlichen Flächen, will das BMU für den Kraftstoffsektor reservieren. So wies man Vorschläge der Heizungsindustrie zurück, die u.a. mit biogen erzeugten Beimischungen in Heizöl und Erdgas die CO₂-Emissionen senken (vgl. Seite 26). „Nutzungskonflikt bei der Biomasseverwendung“ ist seitdem das neue Reizwort für die Branche. Der Verkehr habe keine andere Option, lautet die Begründung. Fakt ist: Gemessen an unserem Energiehunger ist in Deutschland bei weitem nicht genügend Biomasse zur Energiegewinnung verfügbar.

Gab es in den letzten Monaten von vielen Seiten vollmundige Ankündigungen, wie viel man vom Energiekonsum eines bestimmten Bereichs biogen ersetzen kann, ist es nun bis zur Politik vorgedrungen, dass alle Vorschläge auf der gleichen Biomasse basieren. Damit hat spätestens jetzt das Tauziehen um die Verteilung der Kapazitäten begonnen. Die Verteilung politisch oder wie es sich mit der Bevorteilung des Verkehrssektors andeutet, finanzpolitisch oder nach der

Stärke der Lobbyverbände vornehmen zu wollen, ist falsch und gefährlich für die gesamte Wirtschaft.

Natürlich hängen auch im Anlagenbau an solchen Entscheidungen Arbeitsplätze, allerdings viel weniger als an einem sauberen technologischen Wettbewerb. Denn auch die deutsche Heizungsindustrie, die mit 50 000 Mitarbeitern rund 60 % am europäischen Markt und 33 % am Weltmarkt hält, ist darauf angewiesen, Zukunftstechnik im eigenen Land ausprobieren zu können. Auch der Verweis des BMU auf vorhandene Technik, wie Holzpellet-Heizungen, ist mehr ein Ablenkungsmanöver als eine Lösung. Erfüllen sich die Prognosen der Pellet-Branche, sind spätestens 2010 neue Rohstoffquellen erforderlich, dazu gehört auch der Anbau schnell wachsender Gehölze auf landwirtschaftlichen Flächen.

In einem Land wie Deutschland, das bereits am 29. Mai mehr ökologische Ressourcen verbraucht hat, als auf seinen Flächen jährlich regeneriert werden, muss bei allen Entscheidungen Effizienz die entscheidende Rolle spielen. Vor allem in einer Welt, die sich in derselben Lage befindet: Seit dem 9. Oktober, so hat es das Global Footprint Network berechnet, ist die gesamte Weltgemeinschaft im Soll.

Die Politik handelt deshalb falsch, wenn sie erneuerbare Energie durch Effizienzziele austauscht, wie dieses bei der Reservierung der Biomasse für den Kraftstoffbereich den Anschein hat. Steuerzahler vom Zugang zu erneuerbaren Energiequellen abzuschneiden, ist nicht nur ignorant, sondern auch weltfremd. Beispiel Innenstadt (ohne Fernwärme): Welche Optionen bestehen außer Erdgas und Heizöl? Eine Beheizung nur mit Wärmepumpen und Holzheizungen ist in so verdichteter Lage technisch kaum denkbar. Wer diesen Immobilien den Zugang zu Alternativen verweigert, wird sie langfristig unbezahlbar machen. Aber die Mieter können ja dann in den Speckgürtel ziehen, dort erneuerbar heizen und mit Ökosprit jeden Tag in die Stadt fahren. Ob die Rechnung wohl aufgeht?

Ihr

Jochen Vorländer, Chefredakteur TGA Fachplaner